



An den
Präsidenten des Landtages von Niederösterreich
Herrn Mag. Edmund FREIBAUER
Landhausplatz 1
3109 St. Pölten

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 17.03.2004
zu Ltg.-**17/V-1/12a-2003**
— Ausschuss

LAD1-SEG-3/009-2003

Beilagen

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bezug

Bearbeiter
Hr. Posch

(0 27 42) 9005

Durchwahl

Datum

13612

16. März 2004

Betrifft

Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres in NÖ zur Sicherung der EU-Außengrenze

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 16. Juni 2003, Ltg.-17/V-1/12a-2003, hat der Landeshauptmann die Österreichischen Bundesregierung dringend ersucht, für eine Fortsetzung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres in unserem Bundesland einzutreten. Dabei wurde auch auf die für uns auf Dauer untragbare Situation, die durch vermehrte illegale Übertritte an der Grenze zur Tschechischen Republik hervorgerufen wird, aufmerksam gemacht und angeregt, einen Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres auch an der NÖ Nord-Grenze in Erwägung zu ziehen.

Daraufhin sind folgende Antwortschreiben eingelangt:

1. Bundeskanzleramt:

(Schreiben vom 12. August 2003, GZ 350.710/337-IV/8/2003)

„Das Bundeskanzleramt, Abteilung Ministerratsdienst, bestätigt das Einlangen Ihres Schreibens vom 3. Juli 2003, Zl. LAD1-SEG-3/009-2003, mit dem Sie eine Resolution des Niederösterreichischen Landtages vom 16. Juni 2003 betreffend die Fortsetzung des Assistenzeinsatzes des Österreichischen Bundesheeres in Niederösterreich vorlegen.

Der Herr Bundeskanzler hat die Mitglieder der Bundesregierung in der Sitzung des Ministerrates am 12. August 2003 von dieser Eingabe in Kenntnis gesetzt. Eine Ablichtung wird dem zuständigen Bundesministerium übermittelt.“

2. Bundesminister Dr. Ernst Strasser:

(Schreiben vom 12. August 2003, Zl. 8001/37-KBM/02)

„Zu Deinem Schreiben vom 3. Juli 2003, Zl. LAD1-SEG-3/009-2003, darf ich Dir mitteilen, dass seitens meines Ressorts die Verlängerung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres zur Überwachung der EU-Außengrenze für das Jahr 2004 beantragt werden wird.

Die Ursachen für den Anstieg der illegalen Migration an der nieder- und oberösterreichischen Grenze zu Tschechien und deren Auswirkungen im Inland sind in erster Linie durch eine verstärkte Kooperation mit Tschechien in den Griff zu bekommen.

Ich habe daher auf politischer Ebene mit meinem tschechischen Amtskollegen im Rahmen des Forum Salzburg die entsprechenden Weichenstellungen vorgenommen. Die Beamten meines Hauses setzen die erforderlichen Maßnahmen, um die Kooperation mit den tschechischen Behörden auf allen Ebenen und, wie bereits mit Ungarn, Slowakei und Slowenien erfolgreich praktiziert, auf ein schengenähnliches Niveau zu heben.

Die Ausweitung des Assistenzeinsatzes des österreichischen Bundesheeres im nördlichen Niederösterreich wird derzeit im Lichte der Übernahme des Personals der Zollwache in mein Ressort geprüft.“

Darüber hinaus wurden über Initiative des Landeshauptmannes auch Gespräche direkt mit Landesverteidigungsminister Platter und Innenminister Dr. Strasser geführt. Bereits am 2. Juli 2003 hat Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll anlässlich des Antrittsbesuches von Verteidigungsminister Günther Platter auf die unbefriedigende Situation in bezug auf die

illegale Migration an der Niederösterreichischen EU-Außengrenze hingewiesen und gefordert, die Weiterführung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres sicherzustellen.

Seitens des Bundesministers für Landesverteidigung ist folgendes Schreiben eingelangt: (Schreiben vom 27. August 2003, GZ S90323/8-StbAbt/2003)

„Mit der 114. Sitzung des Ministerrates vom 1. Oktober 2002 hat die Bundesregierung die Fortsetzung des Assistenzeinsatzes des ÖBH zur Überwachung der EU-Außengrenze im Osten bis Ende 2003 beschlossen.

Mein Ressort unterstützt dabei das BMI bei der Wahrnehmung der Aufgabe der Eindämmung der illegalen Migration durch den Grenzdienst der Bundesgendarmerie sowohl in personeller, materieller als auch technischer Hinsicht im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Vorbehaltlich eines neuerlichen Beschlusses des Ministerrates zur Fortsetzung des Assistenzeinsatzes, für den ich mich im Sinne unseres Gespräches einsetzen werde, wird das ÖBH in Abstimmung mit dem BMI die Beteiligung im bisherigen Umfang aufrechterhalten. Im Falle einer Änderung der gegenwärtigen Voraussetzungen an der österreichischen EU-Außengrenze im Osten werden in Anpassung an die jeweiligen Erfordernisse Änderungen des derzeit gegebenen Aufgabenumfanges der Assistenzkräfte des ÖBH im Einvernehmen mit dem BMI vorgenommen werden.

Es ist derzeit davon auszugehen, dass der Assistenzeinsatz des ÖBH über den Zeitraum der EU-Osterweiterung bis zum Zeitpunkt der Erreichung der Schengen-Standards der Beitrittsländer fortgesetzt wird.“

In Fortführung der Bemühungen des Landeshauptmannes zur Verbesserung des Grenzschutzes und weiteren Optimierung der Sicherung der NÖ EU-Außengrenze ist es am 30. Oktober 2003 mit Innenminister Dr. Ernst Strasser in St. Pölten zu einem „Sicherheitsgipfel“ gekommen. Es wurde dabei Übereinkunft erzielt, dass Sicherheitsstruktur und –standards in Niederösterreich noch weiter erhöht werden sollen. Als Maßnahmenpaket wurden die sofortige Installierung einer mobilen Eingreiftruppe der Exekutive (Bund) und eines fremdenpolizeilichen Einvernahmeteams (Land) vereinbart.

Außerdem wurde in Gmünd ein Eurodac-Livescanner zur erkennungsdienstlichen Behandlung (elektronische Erfassung der Fingerabdrücke und Übermittlung der Daten an das österreichische AFIS-System sowie an das Eurodac-System in Brüssel zur Auswertung) in Betrieb genommen. All diese Maßnahmen zu einer verstärkten Grenzsicherung haben innerhalb kürzester Zeit Wirkung gezeigt und zu einem deutlichen Rückgang der illegalen Migration geführt.

Vom Bundesministerium für Inneres, Kabinett der Bundesministers, wurde schließlich mit Schreiben vom 27. Februar 2004, GZ 8001/37-KBM/02, folgender (abschließender) Bericht übermittelt:

„Bezug nehmend auf das Schreiben des Herrn Bundesministers Dr. Ernst Strasser vom 12. August 2003 zum Thema Assistenzeinsatz des österreichischen Bundesheeres zur Überwachung der EU-Außengrenze im Jahr 2004, darf ich Sie auftragsgemäß wie folgt abschließend informieren.

Durch unsere gemeinsamen Initiativen ist es gelungen, die illegale Migration im Norden Niederösterreichs, insbesondere im Bereich Gmünd nachhaltig einzudämmen. Der Schwerpunkt liegt derzeit im Bereich des Grenzabschnittes zur Slowakei.

Dem entsprechend hat die Bundesregierung im Dezember 2003 die Entscheidung getroffen, den Assistenzeinsatz des österreichischen Bundesheeres im Jahr 2004 in unveränderter Stärke in den bisherigen Abschnitten an der Grenze zu Ungarn und der Slowakei fort zu setzen.

Wie bereits im letzten Schreiben dargestellt, liegt für den Herrn Bundesminister der Erfolg versprechende Ansatz zur Bekämpfung der illegalen Migration in der verstärkten Kooperation mit unseren Nachbarstaaten sowohl auf politischer Ebene im Rahmen des Forum Salzburg, als auch auf allen operativen Ebenen zur Erreichung eines schengen-ähnlichen Niveaus in unseren Nachbarstaaten. Dieser Weg hat sich bisher als äußerst erfolgreich erwiesen. Die Gesamtzahl der illegalen Migration ist im Jahr 2003 deutlich zurückgegangen.“

Durch den nachhaltigen Einsatz des Landeshauptmannes konnte somit für Niederösterreich nicht nur eine Fortsetzung des Assistenzeinsatzes des Österreichischen Bundesheeres sondern auch eine wirkungsvolle Verstärkung des Grenzschutzes an der NÖ Nord-Grenze erreicht werden.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Dr. Erwin P R Ö L L
Landeshauptmann